



Presseinformation

Nr. 421/2011

Kiel, Mittwoch, 24. August 2011

Kommunalverfassung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Günther Hildebrand: Mehr Handlungsspielräume und Eigenverantwortung für Kommunen

In seiner Rede zu **TOP 5+6+8** (Gesetzentwurf zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften) sagt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Der Kabinettsentwurf hat die richtungweisenden Vorgaben aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts umgesetzt und damit die verfassungswidrige Rechtslage beseitigt. Zugleich werden den Kommunen die notwendigen Handlungsspielräume verschafft und die kommunale Eigenverantwortung gestärkt.“ Neben vielen anderen Punkten sei wichtig, dass die ursprünglich beabsichtigte Verkleinerung der Größe der Gemeindevertretungen wieder zurückgenommen worden sei und das Verhältnis der unmittelbaren Vertreter und Listenvertreter sinnvoll zum Zwecke der Wahlgleichheit angeglichen werde. Außerdem sei der Ausschluss der Öffentlichkeit in Gemeindevertretungs- oder Ausschusssitzungen künftig nicht mehr durch eine allgemeine Regelung möglich, sondern müsse im Einzelfall entschieden werden, erklärt Hildebrand.

„Wir begrüßen, dass der Innenminister mit § 9 der Amtsordnung versucht hat, eine Regelung zu finden, die verhindert, dass die Amtsausschüsse zu groß werden. Allerdings haben wir noch Bedenken hinsichtlich der Gesamtzusammensetzung und der Zusammensetzung nach Parteizugehörigkeit sowie der Verteilung der Stimmrechte.“ Ob diese Neuregelung mit Stimmkontingenten und der theoretischen Möglichkeit eines Stimmensplittings bei geheimen Abstimmungen wirklich praktikabel sei, werde in der Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss mit Experten sehr genau zu diskutieren und auf Praxistauglichkeit zu untersuchen sein.

„Die Sozialdemokraten kommen einmal mehr mit Seniorenbeiräten, Bürgerbegehren und der großen kreisangehörigen Stadt ab 25.000 Einwohnern daher, ansonsten finden wir nicht viel Neues beziehungsweise nichts, was nicht auch in unserem Entwurf stünde.“ Die kommunale Selbstverwaltung werde durch den Regierungsentwurf jedenfalls weitaus mehr gestärkt als durch den der SPD, so Hildebrand. Auch der Entwurf der Grünen wirke wie aus der Hüfte geschossen und biete keine Vorschläge für substanzielle Verbesserungen.